

Warum lassen Regierung und Landtag die einen laufen?

Seine Durchlaucht Erbprinz Alois hat den Landtag am 22. Januar 2015 und damit die zweite Hälfte der Mandatsperiode 2013 – 2017 eröffnet. Im Zentrum seiner Thronrede standen neben dem Dauerbrenner im Gesundheitswesen – die Novellierung des Krankenversicherungsgesetzes – Themen, deren Ursachen in der demografischen Entwicklung zu finden sind: die AHV-Reform und die künftig steigende Mehrbelastung der Pflegekosten im Alter.

Text: Johannes Kaiser, Landtagsabgeordneter



Werfen wir einen Blick auf die Betroffenheits-Karte, so ist un schwer zu erkennen, dass bei allen drei Themen in der finalen Auswirkung die ältere Generation involviert ist. Die Anzahl der Menschen ab 65 wird in Zukunft markant grösser, sie erfreuen sich gegenüber früheren Senioren-Generationen einer stets besseren Gesundheit und werden generell immer älter. Die jüngeren Jahrgänge nehmen zahlenmässig ein schmaleres Band ein und hätte Liechtenstein keine Zuzüger, würde sich diese demografische Entwicklung in hohem Mass verschärfen. Somit ist es richtigerweise angesagt, frühzeitig zu handeln und die Weichen für eine gesicherte Altersversorgung zu stellen, wobei die AHV-Reform nur einen Teil der Geschichte des demografischen Wandels darstellt. Dieser gesellschaftliche Wandel wird seine Spuren durch sämtliche Lebensbereiche ziehen: die Familienstrukturen, das Erwerbsleben, das Gesundheitswesen und eben die sozialen Vorsorgeeinrichtungen.

Generationenpolitik ist Familienpolitik

Die geplante AHV-Reform ist ein Mosaikstein, wenn auch kein kleiner. Es stellt sich nun die Frage, wie finanziell belastbar ist diese Altersgruppe ab 65 Jahren, denn in der Betrachtung der bisherig von der Regierung lancierten drei Sparpakete ist sie

beinahe immer betroffen und es sollen künftig von ihr weitere Obolus-Leistungen eingefordert werden. LIEmobil-Abo-Erhöhen, die ständigen Steigerungen der Krankenkassenprämien, die Motorfahrzeugsteuer-Erhöhung, die Streichung des Freibetrages bei der Rente, laufend höhere Gebühren bei Public-Serviceleistungen usw. sind bereits erfolgt und – es werden die Streichung der 13. Monatsrente (auch wenn dies schleichend vor sich geht), grössere Selbstbehalte bei der KVG (gerade im fortschreitenden Alter ist dies nicht unbedeutend), markant höhere Pflegekosten, sei dies bei der Krankenversicherung oder in der häuslichen Pflege, usw. in Aussicht gestellt. Das sind nicht gerade rosige Perspektiven für unsere Senioren-Generation. Das Motto, dass jede und jeder alt werden, aber nicht alt sein will, beginnt sich bei diesen Aussichten zu trüben. Dabei leistet gerade die heutige und künftige ältere Generation im Kreis der Familien eine sehr wertvolle und äusserst wichtige soziale Funktion, sei dies in der Entlastung der Eltern bei der Betreuung der Kinder, wenn beide Elternteile berufstätig sind, und überhaupt im sozialen Engagement sowie der Freiwilligenarbeit. Als Dank dafür wird die ältere Generation bei jeder sich bietenden Sparmassnahme zur Kasse gebeten.



«Als Dank dafür wird die ältere Generation bei jeder sich bietenden Sparmassnahme zur Kasse gebeten.»

Johannes Kaiser



Nur 7 Abgeordnete für gleiche Messlatte

Auf der anderen Seite sind für grosse Teile der Politik – Regierung und Landtag – Sparmassnahmen bei gewissen Institutionen tabu. Solange dies so ist und nicht alle ihren Anteil zur Gesundung des staatlichen Finanzhaushaltes leisten, werde ich nicht Hand dazu bieten, nur einseitig gewissen Bevölkerungsgruppen eine Mehrbelastung aufzubürden. Ein Paradebeispiel dazu ist die Haltung der Regierung und des Landtags gegenüber der Finanzmarktaufsicht (FMA). Der Staatsbeitrag wurde um 3 Mio. Franken reduziert, was jedoch von Seiten der FMA keine Kosteneinsparung bedeutete, denn nicht nur diese drei 3 Mio. Franken, sondern über 4 Mio. holte die FMA stattdessen bei den Finanzintermediären ein. Meinem Antrag im Landtag von der FMA bei einem Budget von rund 20

Mio. Franken ein zusätzliches Sparpotenzial von nur 5 % – also 1 Mio. Franken – einzufordern, stimmten mit mir lediglich 7 Abgeordnete zu: Harry Qaderer, Herbert Elkuch, Erich Hasler und Pio Schurte von der DU sowie Christine Wohlwend und Eugen Negele von der FDP. Die FMA will demnächst ihren Apparat sukzessive personell aufstocken und vermutlich wird wie in der Vergangenheit weder eine Mehrheit des Landtages noch die Regierung, die in Bezug auf organisatorische und personelle Belange der FMA die Oberaufsicht inne hat, gegen dieses Vorhaben «aufstehen» und dagegen intervenieren. Die Anwendung solch ungleicher Strategien – wie dieses Beispiel bei der älteren Generation und der FMA-Institution verdeutlicht – ist nicht opportun. So geht es nicht.

✉ johannes.kaiser@landtag.li